

*Wesentliche Werke jüdischer Autoren über Jesus:*

- J. Salvador, Das Leben Jesu und seine Lehre. Dresden 1841.  
 Samuel Krauss, Das Leben Jesu nach jüdischen Quellen. Berlin 1902.  
 Max Brod, Heidentum, Christentum, Judentum. München 1921.  
 Franz Werfel, Paulus unter den Juden. Berlin 1926.  
 Robert Eisler, Jesus basileus ou basileusas, die messianische Unabhängigkeitsbewegung vom Auftreten Johannes des Täufers bis zum Untergang Jakobs des Gerechten. Wien 1929/30.  
 Gösta Lindeskog, Die Jesusfrage im neuzeitlichen Judentum. Leipzig 1938.  
 Margarete Susmann, Hiob oder das Schicksal des jüdischen Volkes. Zürich 1948.  
 Martin Buber, Zwei Glaubensweisen. Zürich 1950.  
 Joachim Schoeps, Die großen Religionsstifter und ihre Lehren. Stuttgart 1950.  
 Schalom Asch, Der Nazarener. Amsterdam 1950.  
 Morris Goldstein, Jesus in the Jewish tradition. New York 1950.  
 Max Brod, Der Meister. Gütersloh 1951.  
 Joseph Klausner, Jesus von Nazareth. Jerusalem 1952.  
 Leo Baeck, Paulus, die Pharisäer und das Neue Testament. In: Das Evangelium als Urkunde der jüdischen Glaubensgeschichte. Frankfurt 1961, S. 99–196.  
 Ascher Finkel, The teacher of Nazareth. Leiden 1964.  
 Joel Carmichael, Leben und Tod des Jesus von Nazareth. München 1966.  
 Schalom Ben Chorin, Bruder Jesus. München 1967.  
 David Flusser, Jesus. Rowohlt's Monographien, Hamburg 1968.  
 Haim Cohen, Trial and death of Jesus. Tel Aviv 1968.  
 Aharon Kabak, The narrow path. Jerusalem 1968.  
 Pinchas Lapide, Jesus in Israel. Gladbeck 1970.  
 Frank Andermann, Das große Gesicht. München 1971.

## GLOSSEN

KONFESSIONALISMUS UND SCHWEIZER Jesuiten. – Seit dem 20. Mai dieses Jahres sind die Artikel 51 und 52 der Schweizerischen Bundesverfassung, die das Verbot von Niederlassungen des Jesuitenordens und das Verbot von Neugründungen anderer Orden und Klöster enthalten, außer Kraft. Das Schweizervolk hat sich in einem Referendum gegen das seit 1848 bestehende Ausnahmerecht ausgesprochen. Die Vorlage war vom Ständerat einstimmig, vom Nationalrat mit bedeutender Mehrheit gutgeheißen und von Parteien und Kirchen zur Annahme empfohlen worden. Dennoch sprachen sich 45 Prozent der Votierenden gegen die Aufhebung der Ausnahmeartikel aus. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß nur 40 Prozent der Stimmbürger an der Abstimmung teilnahmen – immerhin ein Prozentsatz, der in den letzten Jahren nur einmal

in der Schweiz übertroffen wurde, als über die Einführung des Frauenstimmrechts zu entscheiden war –, kann man das Ergebnis vom 20. 5. nicht ganz unbeschwert als einen Sieg der Gerechtigkeit und der Toleranz feiern. Dies um so weniger, als sich die Mehrheiten für die Ja- bzw. Neinstimmen mit den konfessionellen Mehrheiten der Kantone weitgehend deckten. So entschieden sich vier der bedeutendsten protestantischen Kantone der Föderation: Bern, Zürich, Waadt und Neuchâtel *gegen* die Aufhebung der Artikel, während die katholischen Kantone der Innenschweiz, das Tessin und Wallis sich *für* die Aufhebung aussprachen.

Es ist nicht ganz leicht, das Ergebnis zu begreifen. Sicher ist nur, daß das Referendum von der Masse der Stimmbürger nicht verstanden worden ist als eine Option gegen ein Ausnahmerecht, das sich mit den freiheit-

lichen und rechtsstaatlichen Auffassungen der Schweizerischen Verfassung nicht verträgt. Wahrscheinlich ist auch, daß Ja- und Neinstimmen nicht den Jesuiten und ihren Aktivitäten im Schweizerland galten, denn an der Existenz und den Unternehmungen der 111 im Lande lebenden Jesuiten hätte sich so oder so nichts geändert. Wem aber galt dann die überraschend hohe Zahl von Neinstimmen? Wir können nur vermuten: einer ihrem Wesen nach nicht verstandenen und daher als »Feind« begriffenen katholischen Kirche wie einem ihr unterstellten Sendungsbewußtsein, das sich gegen die Interessen der nichtkatholischen christlichen Gemeinschaften des Landes möglicherweise durchzusetzen sucht.

Das Ergebnis vom 20. Mai darf niemandem, der außerhalb der Konföderation lebt, ein Anlaß sein, über den Ausbruch eines längst überholt geglaubten Konfessionalismus hämisch zu lächeln. Macht es doch deutlich, wie tief der Stachel sitzt, wie weit die Vergangenheit unseliger Glaubenskämpfe noch ins Heute hineinreicht, wie wenig letztlich Modernität, Fortschrittlichkeit des Denkens, Erziehung zur Toleranz gegenüber den in Glaubensfragen verletzten Tiefenschichten vermögen. Es wird noch lange Zeit und immer wieder der Anstrengungen und des Willens aller überzeugten Christen in der Schweiz bedürfen, die Verengungen des Glaubens in die Parteilichkeit von Konfessionen aufzusprengen und zu überwinden.

Mag sein, daß in den benachbarten sogenannten gemischt-konfessionellen Ländern und Gesellschaften die Einebnung des konfessionellen Denkens weiter fortgeschritten ist. Doch sollte man nicht meinen, das sei nur das Ergebnis eines geläuterten Bewußtseins der Gläubigen. Die Einebnung ist hier – in Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, aber auch in den übrigen zentral-europäischen Ländern – viel eher das Ergebnis einer radikalen Säkularisierung, die alle christlichen Kirchen und Gemeinschaften in die absolute Defensive gedrängt hat. Und wenn auch diese entweder im Alltag praktisch totgeschwiegen oder gelegentlich – falls das Nutzen verspricht – umworben werden:

im selben Augenblick, wo sie ihre Stimmen gegen konkrete Auswirkungen des herrschenden Zeitgeistes erheben – die Auseinandersetzungen um die Abtreibungsfrage in den verschiedenen Ländern zeigt das deutlich –, fällt alles über sie her: alles, was sich für modern und fortschrittlich hält und öffentlich artikulieren kann. Darunter sind viele getaufte Christen, und fast immer ist ihr Verhältnis zu ihrer Kirche in den Tiefenschichten gestört.

Werner Pank

**KOLLISIONSKURS.** – IN EINEM AUFRUF hat sich die Leitung der Katholischen Deutschen Studenten Einigung an die Öffentlichkeit gewandt. Sie protestiert in ihm gegen den Beschluß der Deutschen Bischofskonferenz vom 14. März 1973, der KDSE künftighin die Anerkennung zu verweigern und die finanziellen Mittel – ca. 380 000,- DM jährlich – zu entziehen. Die Leitung der KDSE fühle sich von dem »Verdikt« der Bischöfe nicht getroffen, nach welchem sie ein Gemeindeverständnis habe und propagiere, »das die christliche Botschaft verkürzt und dadurch verfälscht«: Glaube gelte nur noch als Motivation für soziales und politisches Handeln. Die Leitung der KDSE sieht vielmehr in dem Beschluß der Deutschen Bischofskonferenz einen weiteren Beweis dafür, daß »legitime Meinungsppluralität innerhalb der katholischen Kirche nicht geduldet wird« und »Konflikte nicht inhaltlich ausgetragen, sondern durch administrative Repressionen gelöst« werden.

Wer die Vorgänge zwischen der Leitung der KDSE und Bischofskonferenz nicht laufend verfolgt hat, tut sich einigermaßen schwer, den Stellenwert des Konflikts auszumachen, zumal da dieser im Zeitraum der letzten drei Jahre an unterschiedlichen Fragen immer wieder von neuem aufbrach. War es zunächst eine von den Studenten an den Bischöfen vorbei beschlossene neue Satzung, deren eher presbyterianisches Gemeindeverständnis sich mit katholischem Glaubensverständnis von Gemeinde nicht vertrug, so setzte sich später die Leitung der KDSE mit